

Der neue US-Präsident Donald Trump schreckt nicht davor zurück, die Bundesrepublik Deutschland, deren Bevölkerung am stärksten unter der US-Militärpräsenz in Europa zu leiden hat, auch noch mit "Schutzgeldforderungen" zu erpressen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 044/17 – 20.03.17**

Trump fordert Deutschland auf, zusätzlich für den von den USA gewährten Schutz zu bezahlen

Von John Vandiver

STARS AND STRIPES, 18.03.16

(<http://www.stripes.com/news/europe/trump-demands-germany-pay-for-us-protection-1.459342>)

STUTT GART, Deutschland – Präsident Donald Trump hat am Samstag Berlin aufgefordert, für den "Schutz", den die US-Streitkräfte ihrem NATO-Verbündeten Deutschland gewähren, zusätzliche Zahlungen direkt an die USA zu leisten.

Nur einen Tag nach dem Treffen mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel in Washington warf Trump dem langjährigen US-Verbündeten über seinen Twitter Account vor, nicht genügend Geld in die NATO zu investieren und für den besonderen Schutz durch die US-Streitkräfte nicht angemessen zu bezahlen.

"Deutschland schuldet der NATO und den USA riesige Summen und muss mehr für die gute und sehr teure Verteidigung bezahlen, von der vor allem die Deutschen profitieren," twitterte der Präsident.

Trump hat den Verbündeten einschließlich Deutschlands schon wiederholt vorgeworfen, nicht genug in ihre eigene Verteidigung zu investieren und von den anderen NATO-Mitgliedern verlangt, einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Am Samstag hat Trump seine Kritik noch erweitert und von der deutschen Regierung gefordert, die USA zusätzlich für die Leistungen zu entschädigen, die sie speziell "für die Verteidigung Deutschlands" erbringen. Deutschland soll also nicht nur mehr Geld für seine eigene Verteidigung ausgeben, sondern darüber hinaus den US-Beitrag zur Sicherheit Europas auch noch durch direkte Zahlungen an die USA honorieren.

Deutschland ist das Zentrum der in Europa stationierten US-Streitkräfte. Es beherbergt nicht nur die meisten US-Truppen und wichtige Basen wie die Air Base Ramstein (mit dem Hauptquartier der U.S. Air Forces in Europa und Afrika), sondern auch die Hauptquartiere des EUCOM und des AFRICOM (in Stuttgart), der U.S. Army Europe (in Wiesbaden) und weitere nachgeordnete Hauptquartiere und US-Garnisonen. (Die US-Kommandostruktur und die Bedeutung einzelner US-Militärbasen im strategischen Gesamtkonzept der USA werden ausführlich in den beiden LUFTPOST-Ausgaben erläutert, die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP18715_031015.pdf aufzurufen sind.)

Anders als Japan und Südkorea, die beide rund die Hälfte der für die Stationierung der US-Streitkräfte anfallenden Kosten bezahlen, trägt Deutschland nur einen viel kleineren Anteil. Nach einer 2013 erstellten Analyse der Rand Corporation (s. <https://de.wikipe->

[dia.org/wiki/RAND_Corporation](http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR200/RR201/RAND_RR201.pdf), die unter http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR200/RR201/RAND_RR201.pdf nachzulesen ist) zahlen die Deutschen mit rund 1 Milliarde Dollar nur 18 Prozent der Gesamtkosten – und zwar größtenteils in Form von Dienstleistungen und nicht in barer Münze.

Solche Diskrepanzen lässt Trump natürlich nicht zu; er hat ja auch schon gerügt, dass Deutschland im Handel mit den USA einen Überschuss von rund 25 Milliarden Dollar erzielt.

Seit Russlands Intervention in der Ukraine hat das Pentagon Milliarden Dollars für die Entsendung von Rotationstruppen zur Verstärkung der US-Militärpräsenz in Osteuropa ausgegeben. Die im Rahmen der European Reassurance Initiative (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/European_Reassurance_Initiative) durchgeführte Verlegung einer Panzerbrigade und einer Kampfhubschrauberbrigade mit kompletter Kampf-ausrüstung verschlingt jährlich rund 3,4 Milliarden Dollar.

Wegen der gesteigerten Aggressivität Russlands haben die Verbündeten nicht nur die Ausgaben für ihre eigene Verteidigung erhöht, sie nehmen auch an Operationen in den baltischen Staaten teil.

Vermutlich wird die weitere Erhöhung der Militärausgaben die NATO auch noch in den kommenden Monaten beschäftigen. Frau Merkel hat zwar zugesagt, dass Deutschland die von der NATO gesetzte 2-Prozent-Marke (vom Bruttoinlandsprodukt / BIP, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt>) akzeptiert, aber Berlin will dieses Ziel erst in einigen Jahren erreichen. Es ist nicht klar, ob Berlin nun bereit ist, schneller am gesetzten Ziel anzukommen.

In der Debatte über "einen angemessenen Anteil an den Verteidigungskosten" hat sich die NATO darauf verständigt, dass ihre Mitglieder jeweils 2 Prozent ihres BIP für ihr Militär ausgeben. Nur 5 der 28 Mitgliedstaaten der NATO haben dieses Ziel schon erreicht (die USA, Großbritannien, Griechenland, Polen und Estland), die anderen, darunter auch Deutschland, sind zum Teil noch sehr weit davon entfernt.

Trumps Behauptung, Deutschland schulde der NATO "eine riesengroße Summe", ist (nach den Festlegungen des NATO-Truppenstatus und des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut) schlicht und einfach falsch.

Die NATO erhebt keine Mitgliedsbeiträge. Die Allianz vereint nur die Streitkräfte aller Mitglieder, die selbst für deren Finanzierung zuständig sind. Wenn einzelne Mitglieder zu wenig in ihre eigenen Streitkräfte investieren, werden sie zu "Trittbrettfahrern, schwächen damit die NATO und zwingen die USA zu immer höheren Verteidigungsausgaben.

Trumps Verteidigungsminister Jim Mattis hat den anderen NATO-Mitgliedern schon letzten Monat in Brüssel ein Ultimatum gestellt: Wenn sie nicht dazu bereit seien, ihre eigenen Verteidigungsausgaben zu erhöhen, würden auch die USA ihr Engagement für die NATO zurückfahren (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02717_190217.pdf).

Verteidigungsausgaben der Nato-Staaten

In Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP)



(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit einer Hervorhebung, sowie Ergänzungen und Links in Klammern versehen, die unbedingt beachtet werden sollten. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Um längere Wiederholungen zu vermeiden, bitten wir unsere Leser, zunächst noch einmal unseren Kommentar in der LUFTPOST 027/17 nachzulesen, die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02717_190217.pdf aufzurufen ist.

Die von Trump geforderten zusätzlichen Zahlungen ließen sich mit einer Gegenrechnung kontern, in der von den USA zu erbringende finanzielle Entschädigungen aufzulisten wären – für die nur schwer zu ertragenden Belastungen, die den Anwohnern der vielen US-Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland zugemutet werden. Als Anregung dazu könnte eine Zusammenstellung dienen, die wir einmal für die Air Base Ramstein erstellt haben (s. http://fluglaerm-kl.de/dl/Auswirkungen_von_Militaerbasen.pdf).

Wenn die Bundesregierung US-Schutzgeldforderungen ein für allemal zurückweisen will, müsste sie nur umgehend den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23.10.1954 (der aufzurufen ist unter <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/565864/publicationFile/158736/VertragstextOriginal.pdf>) kündigen und ein Jahr später aus der NATO austreten. Nach zwei Jahren müssten alle auf deutschem Territorium befindlichen US-Basen geschlossen und alle US-Truppen aus der Bundesrepublik abgezogen sein.

Da Herr Trump auch das nicht zu wissen scheint, sollte man ihn schnellstens darüber aufklären.



Trump demands Germany pay for US protection

By JOHN VANDIVER

Published: March 18, 2017

STUTTGART, Germany — President Donald Trump on Saturday demanded that Berlin increase financial support to pay for the “protection” the U.S. military provides NATO ally Germany.

Trump, one day after meeting with German Chancellor Angela Merkel in Washington, took to Twitter on Saturday to blast the longtime U.S. ally for not investing enough in NATO and not doling more dollars to Washington directly.

“Germany owes vast sums of money to NATO & the United States must be paid more for the powerful, and very expensive, defense it provides to Germany!” Trump tweeted.

related articles

Trump frequently scolds allies, including Germany, for not investing enough in their own defense and demands that NATO members pay their fair share.

On Saturday, Trump took his criticisms a step further by essentially saying that he now wants the U.S. to be paid more for the “defense it provides to Germany.” This is his clearest demand yet that not only should Germany spend more on its own defense, it should pay more directly to the U.S. for its contributions to Europe’s security.

Germany is the centerpiece of the U.S. military’s force structure in Europe, hosting the majority of U.S. troops and major bases like Ramstein Air Base. The headquarters for U.S. European and Africa Commands as well as Europe-focused Army, Air Force and Marine headquarters also operate out of Germany along with a mix of line and enabling units.

However, unlike Japan and South Korea, both of which pay about half the expense of hosting U.S. forces, Germany picks up a much smaller portion of the tab. Not only does Germany pay less — about \$1 billion, or 18 percent of the overall cost — most of the funds come in the form of in-kind services rather than hard cash, according to a 2013 analysis by the Rand Corp.

Such discrepancies are unlikely to go unnoticed by Trump, who already has complained about Germany’s sizable trade advantage with the U.S. Berlin also has an overall budget surplus of some \$25 billion.

Since Russia’s intervention in Ukraine, the Pentagon has spent billions of dollars on adding rotational forces to augment its forward-based troops in Europe, sending in an Army armored brigade, combat aviation assets and prepositioned tanks and other equipment. This year’s European Reassurance Initiative costs roughly \$3.4 billion.

Allies also have increased spending on their own defense in light of concerns about a more aggressive Russia and are taking part in operations in the Baltics.

The issue of military spending is likely to dominate talks between NATO members in the months ahead. While Merkel has said Germany will meet the 2 percent NATO spending benchmark, Berlin is years away from reaching that mark. It isn’t clear if there is the political will in Berlin to reach the target faster.

The debate about “fair share” has centered on NATO’s own defense spending guidelines that call for allies to dedicate at least 2 percent of their respective GDPs to military matters. Germany, along with all but five of NATO’s 28-member states, has long fallen far short of the 2 percent target.

Technically, however, Trump is wrong when he says Germany owes “vast sums” to NATO.

The NATO alliance does not have membership fees. NATO as an alliance amounts to the collective military capabilities of its respective members. So when some allies underinvest in defense, NATO is theoretically weaker or more dependent on American military muscle and deemed by critics as security “free riders.”

In Brussels last month, Defense Secretary Jim Mattis warned NATO members that the U.S. could “moderate” its support for the alliance if members don’t commit more to defense spending.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern